

DIE DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM SPIEGEL DER ÖFFENTLICHKEIT – DER DEVAL-MEINUNGSMONITOR (MEMO) ENTWICKLUNGSPOLITIK 2018

Zusammenfassung

Die Bedeutung von Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) nimmt in Deutschland zu. Zugleich betont die 2015 verabschiedete Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) die Rolle der Bevölkerungen aller Staaten für eine nachhaltige Entwicklung. Gleichzeitig wächst in Deutschland und anderen Ländern die öffentliche Kritik an der Entwicklungspolitik. Vor diesem Hintergrund ist für entwicklungspolitische Akteure ein möglichst genaues Bild von der öffentlichen Meinung zu diesem Themenfeld als Entscheidungsgrundlage sehr wichtig.

Der DEval-Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018 (MeMo 2018) erfasst und analysiert, wie die Bevölkerung Deutschlands dieses Themenfeld wahrnimmt, wie sie sich zu ihm positioniert und wie sie sich engagiert. Neben diesem Feedback der Bevölkerung bietet er einen Überblick über die Einflussfaktoren auf das Meinungsbild.

Die zentralen Ergebnisse des MeMo 2018 sind:

- Die Bevölkerung betrachtet Entwicklungspolitik und EZ als wichtig und unterstützt das staatliche Engagement in diesem Bereich. Sie nimmt das Politikfeld dabei meist als Ganzes wahr und differenziert wenig zwischen verschiedenen entwicklungspolitischen Handlungsbereichen und Motiven.
- In welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger die deutsche EZ unterstützen, hängt maßgeblich von ihrer politischen Orientierung, ihrer empfundenen moralischen Verpflichtung

gegenüber dem Globalen Süden und ihrer Einschätzung der Wirksamkeit der EZ ab.

- Viele Menschen haben Vorbehalte gegenüber der Wirksamkeit der EZ und vermuten, dass Korruption weit verbreitet sei.
- Lediglich 14 % der Bevölkerung stehen der EZ vollständig positiv gegenüber, während der Großteil unschlüssig ist (35 %), Vorbehalte hat (23 %) oder sie negativ bewertet (28 %).
- Die deutsche Bevölkerung verfügt über wenig Wissen über Entwicklungspolitik und globale Entwicklung. Unter anderem überschätzt sie den Anteil der EZ am Bundeshaushalt deutlich.
- Die Bevölkerung setzt sich in Gesprächen und über Medien mit Entwicklungspolitik und EZ auseinander. Jeweils rund ein Viertel spendet für entwicklungspolitische Zwecke und konsumiert bewusst in einer Weise, die sich positiv auf Armut und Entwicklung auswirken soll. Nur eine kleine Minderheit engagiert sich ehrenamtlich in Entwicklungspolitik und EZ.

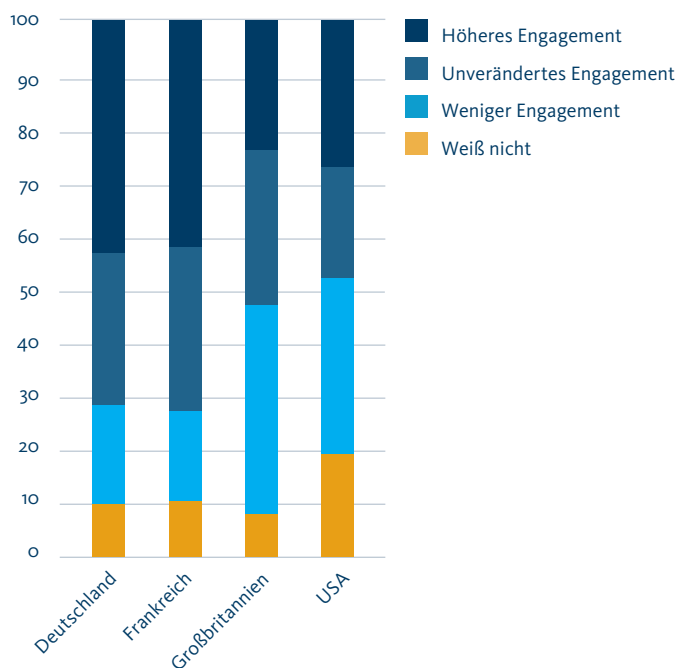
Leitfragen des DEval-Meinungsmonitors Entwicklungspolitik 2018

Der DEval-MeMo 2018 befasste sich primär mit diesen Fragen:¹

1. Welche Einstellungen haben die Bürgerinnen und Bürger zu Entwicklungspolitik und EZ sowie zu globaler nachhaltiger Entwicklung? Was wissen sie hierüber und wie engagieren sie sich?
2. Wie haben sich Einstellungen, Wissen und Engagement in den letzten Jahren verändert?
3. Welche Faktoren wie soziodemografische Merkmale und politische Orientierung erklären Einstellungen, Wissen und Engagement?

¹ Der DEval-Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018 basiert im Wesentlichen auf Daten des Aid Attitudes Tracker (AAT), einer Befragung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA. Der AAT befragt seit 2013 im sechsmonatigen Turnus in jedem Land rund 6.000 Personen in einem längsschnittlichen Design zu Einstellungen, Wissen und Engagement zu Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit sowie zu angrenzenden Themen. Finanziert wird die Befragung von der Bill & Melinda Gates Foundation; die Daten erhebt das Befragungsinstitut YouGov online.

Abbildung 1: Unterstützung staatlichen Engagements zur Bekämpfung globaler Armut



Quelle: Schneider und Glezer (2018, S. 15).

Datenbasis: Aid Attitudes Tracker, Juli 2017, N pro Land ≈ 6.000.

Breite Unterstützung der Bevölkerung für EZ

Im Juli 2017 sprachen sich rund 40 % der Bevölkerung für ein stärkeres Engagement Deutschlands in der Armutsbekämpfung im Globalen Süden aus, während etwa 20 % eine Reduzierung des Engagements befürworteten. Der Grad der Unterstützung ist damit ähnlich wie in Frankreich und liegt deutlich höher als in Großbritannien und den USA (Abbildung 1). Auch das von den Vereinten Nationen vereinbarte Ziel, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für die offizielle Entwicklungspolitik (*Official Development Assistance, ODA*) auszugeben, trägt die Bevölkerung mit: Rund 40 % sprechen sich für eine Überschreitung des Ziels aus und 30 % plädieren für eine Beibehaltung des ODA-Ziels von 0,7 %.

Wie stark Menschen das staatliche Engagement zur Bekämpfung globaler Armut unterstützen, hängt vor allem von folgenden Faktoren ab:

1. Je weiter rechts im politischen Spektrum sich eine befragte Person verortet, desto geringer ist die Unterstützung.
2. Je stärker sich Befragte gegenüber den Menschen im Globalen Süden moralisch verpflichtet fühlen, desto höher ist die Unterstützung.
3. Mit steigendem Alter sinkt die Unterstützung.
4. Je wirksamer die EZ wahrgenommen wird, desto höher ist die Unterstützung.

Motive für EZ, Wirksamkeit und Korruption

Im öffentlichen Diskurs sind deutsche Sicherheitsinteressen, die Förderung der deutschen Wirtschaft, die Bekämpfung von Fluchtursachen und eine moralische Verpflichtung zur Armutsbekämpfung wichtige Motive für die EZ. Sie sind für die Bürgerinnen und Bürger in etwa gleich bedeutsam. Die Zustimmung zu drei der vier Motive bleibt seit 2013 ungefähr konstant, lediglich die Befürwortung des Motivs der Wirtschaftsförderung steigt seit 2013 geringfügig. Obgleich das Motiv der Fluchtursachenbekämpfung durch die erhöhte Zuwanderung nach Deutschland medial präsent war, hat sich die Zustimmung zu diesem Motiv seit Winter 2015 nicht verändert. Detailliertere Analysen deuten darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger eher einen allgemeinen Mehrwert in der EZ sehen, als zwischen verschiedenen Motiven zu differenzieren.

Hinsichtlich der Wirksamkeit staatlicher EZ ist ein bedeutender Teil der Bevölkerung skeptisch. Rund 25 % schätzen die Wirksamkeit als gering ein, während nur 10 % ihr eine hohe Wirksamkeit zuschreiben. Die Mehrheit ist in dieser Frage jedoch unschlüssig. Als großes Problem betrachten Bürgerinnen und Bürger Korruption: Sie vermuten, dass im Durchschnitt rund die Hälfte der EZ-Mittel durch Korruption verloren geht. Je höher die vermutete Korruption, desto geringer schätzen die Bürgerinnen und Bürger die Wirksamkeit der EZ ein.

Die Einstellungen der Bevölkerung zur EZ – eine Typologie

Um die Einstellungen der Bevölkerung greifbarer zu machen, fasst der MeMo 2018 die zentralen Einstellungsmerkmale der Bevölkerung – a) Besorgtheit über die Lage im Globalen Süden, b) gefühlte moralische Verpflichtung, c) Unterstützung

staatlicher EZ, d) Einschätzung der Wirksamkeit der EZ und e) eigener Einfluss auf die Lage im Globalen Süden – zu vier Einstellungstypen zusammen:

1. **Unterstützende** (14 %) weisen in allen Einstellungsbereichen hohe Zustimmungswerte auf.
2. **Skeptiker** (23 %) sorgen sich zwar um die Lage im Globalen Süden und fühlen sich moralisch zur Unterstützung verpflichtet, unterstützen die EZ allerdings nur durchschnittlich und haben Vorbehalte bezüglich ihrer Wirksamkeit sowie eigener Einflussmöglichkeiten.
3. **Gegner** (28 %) sind wenig besorgt über die Lage im Globalen Süden, empfinden keine moralische Verpflichtung, unterstützen die EZ nur in geringem Maß, schätzen die EZ als wenig wirksam ein und sehen auch für sich selbst kaum Einflussmöglichkeiten.
4. **Unschlüssige** (35 %) weisen keine differenzierte Einstellung auf.

Welchem Einstellungstyp die Befragten zugeordnet werden, hängt u. a. mit deren soziodemografischem Hintergrund und ihrer Parteiidentifikation zusammen. Die Typologie zeigt, dass die öffentliche Meinung unter gleichzeitiger Berücksichtigung zentraler Einstellungsmerkmale fragiler ist als es die alleinige Betrachtung der allgemeinen Unterstützung der EZ vermuten lässt.

Wissen über Entwicklungspolitik und globale Entwicklung

Das Wissen der deutschen Bevölkerung zu Entwicklungspolitik und globaler Entwicklung ist lückenhaft. Im Juli 2017 lag der mittlere geschätzte Anteil der EZ am Bundeshaushalt bei 19 %. Diejenigen, die zum ersten Mal an der Befragung teilnahmen, schätzten den Anteil durchschnittlich sogar auf 29 %.

Darüber hinaus nehmen Bürgerinnen und Bürger globale Entwicklungen zum Teil deutlich verzerrt wahr. Dies betrifft vor allem das Ausmaß der globalen Armut und der Kindersterblichkeit sowie den wissenschaftlichen Konsens über die Verantwortung des Menschen für den Klimawandel. Beispielsweise glauben knapp 30 %, dass die Kindersterblichkeit in den vergangenen 30 Jahren gestiegen sei, während nur rund 10 % wissen, dass sie faktisch gefallen ist. Ebenso gehen nur 20 % der Befragten davon aus, dass der menschliche Beitrag zum Klimawandel Konsens in der Wissenschaft ist.

Engagement für Entwicklungspolitik und EZ

Für die Umsetzung der Agenda 2030 spielen die persönliche Informationsaufnahme und das Engagement für Entwicklungspolitik und EZ eine wichtige Rolle (Schneider u. a., 2018). Der DEval-MeMo 2018 zeigt:

1. Die Bürgerinnen und Bürger setzen sich mit Entwicklungspolitik und EZ auseinander, etwa indem sie darüber diskutieren (55 %) oder Nachrichten aufnehmen (65 %).
2. Rund 18 % der Bürgerinnen und Bürger spenden für entwicklungspolitische Zwecke und 23 % treffen gezielte Konsumententscheidungen, um auf globale Armut und Entwicklung Einfluss zu nehmen.
3. 5 % der Bevölkerung geben an, sich in Deutschland ehrenamtlich für Entwicklungspolitik und EZ zu engagieren.

Jene Faktoren, die das persönliche Engagement beeinflussen, sind weitgehend konsistent: Für Spenden, Konsumententscheidungen und ehrenamtliches Engagement ist eine zentrale Voraussetzung, dass die Bürgerinnen und Bürger eine moralische Verpflichtung gegenüber den Menschen im Globalen Süden empfinden. Zudem hat das Gefühl, etwas bewirken zu können und somit Selbstwirksamkeit zu erleben, einen großen Einfluss auf das persönliche Engagement. Hinzu kommt, dass für Spenden und bewusste Konsumententscheidungen das Einkommen und Bildungsniveau der Menschen relevant sind. Das Einkommen beeinflusst schließlich auch indirekt das ehrenamtliche Engagement, da es in einem positiven Zusammenhang mit dem Gefühl der Selbstwirksamkeit steht.

Implikationen für Entwicklungspolitik und EZ

Der zentrale Befund des DEval-MeMo 2018 ist, dass die Bevölkerung das staatliche Engagement Deutschlands in der EZ im Allgemeinen unterstützt, aber gleichzeitig zu einem großen Teil unschlüssig hinsichtlich ihrer Wirksamkeit ist oder Vorbehalte mit Blick auf Korruption hat. Dieser Befund ist zugleich Chance und Herausforderung für entwicklungspolitische Akteure.

Die breite Unterstützung bietet ihnen die Möglichkeit, eine offene Diskussion über die Motive, Erfolge und Fehlschläge der Entwicklungspolitik und der EZ zu führen. Dabei sollten die strategische Ausrichtung der Entwicklungspolitik sowie die Kommunikations- und Bildungsarbeit im Fokus stehen. Auf strategischer Ebene muss geprüft werden, ob die Wahrnehmung der Bevölkerung der Realität entspricht. Stellt beispielsweise Korruption

tatsächlich ein solch massives Problem dar? Hier gilt es gegebenenfalls gegenzusteuern.

Einen Ansatzpunkt für die Kommunikations- und Bildungsarbeit bietet eine differenzierte Ansprache der oben genannten Einstellungstypen. Dabei könnten folgende Aspekte adressiert werden:

- das Gefühl der Menschen, dem Globalen Süden gegenüber moralisch verpflichtet zu sein,
- die Wahrnehmung der Wirksamkeit von EZ und
- die empfundene Selbstwirksamkeit.

Die empfundene Selbstwirksamkeit ließe sich beispielsweise stärken, indem entwicklungspolitische Akteure den Bürgerinnen und Bürgern Einflussmöglichkeiten im Alltag aufzeigen und niedrigschwellige Engagementformen fördern und bekanntmachen. Zudem sollte die Kommunikation nicht nur den Handlungsbedarf

im Globalen Süden darstellen, sondern vor allem auch positive Entwicklungen und Erfolge der EZ in diesen Ländern aufzeigen. Zugleich empfiehlt sich ein frühzeitig begonnener offener Dialog über Grenzen und Schwächen der EZ. Diese sind der Bevölkerung – möglicherweise in überzeichneter Form – ohnehin präsent. Eine rationale Auseinandersetzung kann dazu dienen, Vorurteile zu hinterfragen und Spannungsfelder zu akzeptieren. In diesem Zusammenhang empfiehlt es sich, das Bewusstsein über Gemeinsamkeiten und Interdependenzen zwischen Menschen aus verschiedenen Regionen der Welt zu stärken.

Der DEval-MeMo soll auch zukünftig Feedback der Bevölkerung und Informationen über ihr entwicklungspolitisches Wissen für staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in Entwicklungspolitik und EZ bereitstellen. Das DEval strebt eine Fortschreibung für das Jahr 2020 an.

Literatur

Schneider, S.H. und S. H. Gleser (2018), *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018: Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung*, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn. <http://bit.ly/MeMo2018>

Schneider, S.H., S. H. Gleser und M. Bruder (2018), *Die Agenda 2030 in der öffentlichen Meinung*, DEval Policy Brief 6/2018, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.

Autorinnen und Autoren



Dr. Sebastian H. Schneider
Teamleiter



Dr. Martin Bruder
Abteilungsleiter



Solveig H. Gleser
Evaluatorin

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mandatiert, Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und nachvollziehbar zu analysieren und zu bewerten. Mit seinen Evaluierungen trägt das Institut dazu bei, die Entscheidungsgrundlage für eine wirksame Gestaltung des Politikfeldes zu verbessern und Ergebnisse der Entwicklungszusammenarbeit transparenter zu machen.